

Alois Guger, Markus Marterbauer

Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich

Die Verteilung der Bruttoeinkommen wurde in Österreich in den letzten Jahrzehnten ungleicher. Dies gilt sowohl für die Verteilung innerhalb der unselbständig Beschäftigten als auch zwischen den Lohneinkommen einerseits und Einkommen aus Besitz und Unternehmung andererseits. Die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt verbunden mit der Zunahme von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung spielt für die Ausweitung der Einkommensunterschiede eine wesentliche Rolle. Das Abgabensystem hat kaum umverteilende Wirkung, hingegen sind von den Ausgaben des Sozialstaates vor allem die unteren Einkommenschichten begünstigt.

Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse einer WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz zusammen: Alois Guger, Markus Marterbauer, Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich (Dezember 2004, 50 Seiten, 30,00 €, Download 24,00 €: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25385, Bestellungen bitte an das WIFO, z. Hd. Christine Kautz, Christine.Kautz@wifo.ac.at, Tel. +43 1 798 26 01-282) • Begutachtung: Ewald Walterskirchen • Wissenschaftliche Assistenz: Eva Latschka, Roswitha Übl • E-Mail-Adressen: Alois.Guger@wifo.ac.at, Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Eine "gerechte" Einkommensverteilung ist ein wesentliches Element der traditionellen Ziele des "magischen Vielecks der Wirtschaftspolitik" und eine wichtige Determinante der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Allerdings ist die Zielerreichung schwierig zu beurteilen, denn die Entwicklung der Einkommensverteilung ist als Thema wissenschaftlicher Untersuchungen in Österreich in den Hintergrund gerückt. Dies hängt auch mit dem Fehlen aktueller und vergleichbarer Datengrundlagen zusammen. Besonders in Bezug auf die Entwicklung der Gewinn- und Besitzeinkommen hat sich die Datenbasis seit 1997 (Einstellung der Statistik) weiter verschlechtert. Die vorliegende Arbeit untersucht auf Basis unterschiedlicher Datenquellen die langfristigen Trends der Einkommensverteilung. In der Analyse der personellen Einkommensverteilung muss sie sich auf die Unselbständigeneinkommen beschränken.

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung zwischen den unselbständig Beschäftigten weitete sich in den letzten drei Jahrzehnten deutlich aus. Das zeigen sowohl die Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger als auch die Lohnsteuerstatistik. Die Verteilung der Nettohaushaltseinkommen laut Mikrozensus entnivellierte sich in den achtziger Jahren, veränderte sich jedoch in den neunziger Jahren kaum. In nur zwei Phasen blieb die Verteilung der Bruttobezüge unverändert oder wurde sogar gleichmäßiger: in der ersten Hälfte der siebziger Jahre aufgrund des Arbeitskräftemangels und in den Jahren 1991 und 1992, als die Gewerkschaften in der Hochkonjunktur eine Anhebung der Mindestlöhne erreichten.

Zur Zunahme der Ungleichheit der Verteilung der Bruttobezüge trug vor allem eine hohe Dynamik an den Rändern der Verteilung bei: Die Bezüge stiegen in den obersten Einkommensgruppen kräftig (das 5. Quintil bezog laut Lohnsteuerstatistik im Jahr 2003 46,1% der gesamten unselbständigen Einkommen), während die unteren Einkommensgruppen zurückfielen (das 1. Quintil erreichte 2003 nur noch 2,3% der Einkommen). Die starke Ausweitung der Zahl der Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in den unteren Einkommenschichten ist ein wesentlicher Grund dafür, dass sich die Schere in der Einkommensverteilung öffnet. Die Unterschiede zwischen der geleisteten Arbeitszeit sind somit ein wichtiger Erklärungsfaktor für die Einkommensdifferenzen und ihre Ausweitung. Darüber hinaus dürften die rela-

tive Knappheit an qualifizierten und das große Angebot an geringqualifizierten Arbeitskräften eine Entnivellierung der Einkommen zur Folge haben.

Zugleich bleiben die Einkommen von Frauen merklich hinter jenen der Männer zurück. Im Jahr 2003 lagen sie im Durchschnitt bei 67,2% der Männereinkommen; der Abstand war damit um 1½ Prozentpunkte größer als Mitte der neunziger Jahre. Während im öffentlichen Dienst die Fraueneinkommen relativ nahe an jene der Männer herankommen (80,9%), ist der Rückstand in der Privatwirtschaft sehr groß (Einkommen der Arbeiterinnen 61,7%, der angestellten Frauen 59,5% der jeweiligen Männereinkommen). Im unteren Einkommensbereich (an der Grenze vom 1. zum 2. Quartil) ist der Rückstand der Fraueneinkommen deutlich höher und wächst weiter, während er im oberen Einkommens- und Bildungssegment stabil ist.

Die Unterschiede zwischen der geleisteten Arbeitszeit erklären etwa die Hälfte des Einkommensrückstands der Frauen – sie stellen in Österreich immer noch den Großteil der Teilzeitarbeitskräfte: 37,1% der Frauen sind teilzeitbeschäftigt, jedoch nur 3,9% der Männer. Wegen dieses relativ großen Teilzeitanteils und der häufigen Berufsunterbrechungen sind die Aufstiegschancen von Frauen im Allgemeinen geringer als die der Männer – ein weiterer wichtiger Grund für den Einkommensrückstand. In typischen "Männerbranchen" sind zudem die Einkommen meist merklich höher als in "Frauenbranchen".

Das mittlere Einkommen betrug in der Gesamtwirtschaft im Jahr 2003 1.944 € brutto pro Monat. In der Mineralölindustrie war es doppelt so hoch, in der Elektrizitätswirtschaft um zwei Drittel höher. Auch die erfolgreiche Exportindustrie mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad (Papier-, Chemieindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Metall- und Elektroindustrie) zahlt Einkommen deutlich über dem Durchschnitt. Im Dienstleistungssektor sind die Einkommen nur im Bank- und Versicherungswesen ähnlich hoch. Hingegen bleiben der Handel, das Unterrichts- und Gesundheitswesen, das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, aber auch die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie deutlich hinter dem Medianeinkommen zurück.

Die Entwicklung des Wohlstands lässt sich weniger anhand der Bruttobezüge als anhand der verfügbaren Einkommen nach Umverteilung des Staates durch Abgaben und Transfers beurteilen. Über direkte Steuern und Beiträge verteilt der Staat in Österreich nur in geringem Ausmaß um – die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge entspricht nahezu einem Flat-Rate-System. Die Nettorealeinkommen der unselbständig Beschäftigten sanken von 1995 bis 2003 laut Lohnsteuerstatistik im Durchschnitt um 2,4%, in den untersten 40% der Verteilung sogar um 14%, während die Einkommen in den obersten Kategorien stiegen. Der Hauptgrund war die Zunahme der Teilzeit-, Kurzzeit- und geringfügigen Beschäftigung: Die Nettorealeinkommen je ganzjährig Beschäftigte blieben im selben Zeitraum unverändert (-0,1%). Die Sozialausgaben üben hingegen einen sehr starken Umverteilungseffekt aus. Die letzte umfassende Untersuchung der Verteilungswirkungen des Staates liegt lange zurück, doch zeigen Mikrozensusdaten für die neunziger Jahre, dass auf Haushaltsebene monetäre Sozialtransfers einen erheblichen Teil der Zunahme der Ungleichheit in der Primärverteilung korrigierten.

In den letzten Jahrzehnten erhöhte sich nicht nur die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen zwischen den unselbständig Beschäftigten, sondern auch zwischen den Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit und jenen aus Besitz und Unternehmung. Der Lohnanteil am Volkseinkommen sank (bereinigt um die Veränderung des Anteils von Selbständigen und unselbständig Beschäftigten) von 72% Ende der siebziger Jahre auf 58% im Jahr 2004. Dies ist vor allem ein Ergebnis der Zunahme der Arbeitslosigkeit und des raschen Wachstums der Vermögenseinkommen. Hohe Arbeitslosigkeit dämpft die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften – ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt hat einen Rückgang der Lohnquote um mehr als 1 Prozentpunkt zur Folge. Innerhalb der Nichtlohnelemente des Volkseinkommens stiegen vor allem die Einkommen aus Finanz- und Immobilienvermögen und jene der Freiberufler. Langfristig profitieren diese Einkommensgruppen stark von der Entwicklung der Einkommensverteilung, während die Angehörigen der unteren Einkommensschichten, die oft durch ungenügende Qualifikation benachteiligt sind, verlieren.

Die Ungleichheit der Lohneinkommen hat seit 1976 deutlich zugenommen. Dies lässt sich sowohl aus der Beitragsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger als auch aus der Lohnsteuerstatistik ableiten. Die Einkommensstatistik des Hauptverbandes ist die zuverlässigste Quelle zur Beurteilung der längerfristigen Entwicklung der Einkommen der unselbständig Beschäftigten; 1987 und 2000 wurde die Erhebungsmethode leicht geändert. Allerdings deckt sie die Ränder der Einkommensverteilung nur ungenügend ab: Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze werden so wie die Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage nicht berücksichtigt. Hingegen erfasst die Lohnsteuerstatistik diese Einkommen seit 1994 – als die Arbeitnehmerveranlagung eingeführt wurde – vollständig. Die Ergebnisse vor und nach dieser Umstellung sind allerdings nicht direkt vergleichbar. Die Zahl der geringfügig und kurzfristig Beschäftigten stieg in den letzten Jahren stark, ebenso die Summe der Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage (zuletzt bezogen 10% der unselbständig Beschäftigten Einkommen über der Höchstbemessungsgrundlage; auf sie entfielen 29% der Einkommen).

Laut Beitragsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger war die Verteilung der Einkommen von 1970 bis 1976 stabil (Übersicht 1). Der Anteil des 1. Quintils an den Einkommen betrug 6,8%, jener des 5. Quintils ging sogar leicht auf 36,3% zurück. Auch der Gini-Koeffizient¹⁾ verringerte sich nicht nennenswert. Gemäß diesem Indikator erhöhte sich die Ungleichheit von 1976 bis 1981 merklich und dann bis 1987 leicht. Von 1987 bis zum Jahr 2000 stiegen die Einkommensunterschiede kräftig. Seit 2000 schwächte sich diese Tendenz ab. Im Jahr 2003 betrug der Gini-Koeffizient auf Basis der Sozialversicherungsdaten 0,312.

Einkommensverteilung zwischen unselbständig Beschäftigten wird langfristig ungleicher

Die Einkommensunterschiede zwischen den unselbständig Beschäftigten sind seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre merklich gewachsen. Die Einkommen der obersten Schichten nahmen kräftig zu, während der Anteil der unteren Einkommensgruppen am Gesamteinkommen deutlich zurückging.

Übersicht 1: Entwicklung der Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Lohneinkommen

Unselbständig Beschäftigte ohne pragmatisierte Beamte

	1970 Juli	1976 Juli	1981 Juli	1987 Juli	Ø 1987 ¹⁾	Ø 1990	Ø 1995	Ø 2000	Ø 2000 ²⁾	Ø 2001	Ø 2002	Ø 2003
Einkommensanteil in %												
1. Quintil	6,8	6,8	6,6	6,9	7,4	7,3	7,3	7,1	7,4	7,4	7,3	7,2
2. Quintil	14,3	14,1	13,6	13,5	13,9	13,7	13,6	13,3	13,4	13,5	13,4	13,4
3. Quintil	18,7	18,7	17,9	17,8	18,1	17,9	17,7	17,6	17,5	17,6	17,5	17,6
4. Quintil	23,6	24,2	23,3	23,0	23,1	23,0	22,6	22,4	22,3	22,4	22,3	22,5
5. Quintil	36,6	36,3	38,6	38,8	37,6	38,2	38,7	39,6	39,3	39,1	39,5	39,3
Gini-Koeffizient												
Insgesamt	0,293	0,292	0,314	0,316	0,296	0,302	0,306	0,317	0,311	0,310	0,313	0,312
Arbeiter	0,267	0,275	0,275	0,265	0,247	0,252	0,244	0,250	0,242	0,243	0,244	0,244
Angestellte	0,311	0,295	0,334	0,338	0,312	0,316	0,318	0,329	0,326	0,323	0,325	0,326

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Bericht über die soziale Lage, Wien, 1982, 1987; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Umstellung auf Jahreserhebung, einschließlich Sonderzahlungen. – ²⁾ Änderung der Lohnstufenbreite in Zusammenhang mit der Euro-Umstellung.

Die Lohnsteuerstatistik erfasst im Gegensatz zur Sozialversicherungsstatistik auch die niedrigen und hohen Einkommen vollständig. Auf dieser Basis zeigt der Gini-Koeffizient in der ersten Hälfte der siebziger Jahre und in den achtziger Jahren eine relativ stabile Verteilung. Die Einkommensunterschiede weiteten sich vor allem in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre aus, seit 2000 blieben sie annähernd stabil. Anfang der neunziger Jahre war eine der seltenen Perioden, in denen die Ungleichheit der Einkommensverteilung verringert wurde. Der Anteil des untersten Quintils an den gesamten Lohneinkommen stieg zwischen den Erhebungen 1987 und 1991 sprunghaft von 5,4% auf 7,4%, jener des 2. Quintils von 12,7% auf 13,7%. Maßgebend war dafür neben der günstigen Konjunktur vor allem die Mindestlohnpolitik der Gewerkschaften (zu Beginn der neunziger Jahre wurde in einem Generalkollektivvertrag ein Mindestlohn von 10.000 S pro Monat vereinbart). Der Gini-Koeffizient belegt die günstige Verteilungsentwicklung in dieser kurzen Phase.

¹⁾ Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je kleiner er ist, desto gleichmäßiger ist die Verteilung.

Der Gini-Koeffizient betrug im Jahr 2003 0,445 für alle Steuerpflichtigen und 0,436 für die unselbständig Beschäftigten. Berechnet man den Indikator nur für Männer mit ganzjährigen Bezügen und schaltet somit die Einflüsse von Teilzeitbeschäftigung und Abfertigungen weitgehend aus, so erscheint die Verteilung etwas gleichmäßiger. Die Unterschiede nahmen aber auch in dieser Betrachtung in den neunziger Jahren zu. Seit 2000 weiten sie sich nicht mehr aus.

Der Gini-Koeffizient zeigt, dass die Einkommensverteilung laut Lohnsteuerstatistik merklich ungleicher ist als laut Sozialversicherungsstatistik. Das geht auf die bessere Erfassung der Ränder der Einkommensverteilung zurück. Während laut Sozialversicherungsdaten jene 20% der Beschäftigten mit den niedrigsten Einkommen gut 7% und die 20% mit den höchsten Einkommen knapp 40% der Gesamteinkommen beziehen, entfallen laut Lohnsteuerdaten 2003 2¼% der Einkommen auf das 1. und 46% auf das 5. Quintil. Der Einkommensanteil der unteren Einkommenschichten ist merklich zurückgegangen, jener der obersten deutlich gestiegen.

Übersicht 2: Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen

	1970	1976	1982	1987	1991	1992	1994	1995	1999	2000	2001	2002	2003
Gini-Koeffizient													
Lohnsteuerpflichtige	0,338	0,346	0,357	0,389	0,393			0,431	0,445	0,448	0,442	0,443	0,445
Männer mit ganzjährigen Bezügen	0,271	0,274	0,287					0,345	0,360	0,367	0,354	0,355	0,356
Arbeitnehmer		0,349	0,364	0,350	0,307	0,313	0,413	0,410	0,429	0,433	0,429	0,432	0,436
Männer mit ganzjährigen Bezügen							0,304	0,302	0,313	0,320	0,310	0,312	0,311
Ohne Pensions- und Urlaubsabfindungen								0,293	0,299	0,302	0,302	0,304	0,303
Anteile in %													
Arbeitnehmer													
1. Quintil		4,8	4,5	5,4	7,4	6,9	2,8	2,9	2,6	2,5	2,5	2,4	2,3
2. Quintil		12,7	12,4	12,7	13,7	13,7	10,8	10,9	10,3	10,2	10,0	9,9	9,7
3. Quintil		18,3	18,0	17,7	17,5	17,6	17,7	17,7	17,5	17,4	17,4	17,4	17,4
4. Quintil		24,0	23,9	23,1	22,6	22,7	24,1	24,1	24,0	24,2	24,3	24,4	24,5
5. Quintil		40,2	41,2	41,0	38,8	39,1	44,6	44,4	45,5	45,7	45,8	45,9	46,1

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen. Statistische Brüche zwischen 1976 und 1982 sowie 1992 und 1994.

Hohe Lohnunterschiede zwischen den Branchen

Österreich weist sehr hohe Einkommensunterschiede zwischen den Branchen auf: Das mittlere Einkommen ist etwa in der Mineralölindustrie nahezu dreimal so hoch wie im Handel.

Große Unterschiede zwischen dem mittleren Einkommen in verschiedenen Branchen vermitteln das Bild einer ungleichen Einkommensverteilung der unselbständig Beschäftigten. Das mittlere Monatseinkommen betrug im Jahr 2003 1.944 € brutto (einschließlich Sonderzahlungen). Zwei Branchen zahlen traditionell weit über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt: In der Mineralölverarbeitung ist das Medianeinkommen mit 4.000 € doppelt so hoch, in der Elektrizitätswirtschaft mit 3.200 € um zwei Drittel höher. Daneben erzielen die Beschäftigten vor allem in der erfolgreichen Exportwirtschaft überdurchschnittliche Einkommen. Dazu zählen die Papier- und die Chemieindustrie (etwa 2.600 €), der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Metall- und Elektroindustrie (2.500 € bzw. 2.300 €). Im Dienstleistungssektor weist nur das Banken- und Versicherungswesen ein ähnliches Einkommensniveau auf (2.800 €). Neben hoher Kapitalintensität und Betriebsgröße sind diese Branchen auch durch hohe Qualifikation der Arbeitskräfte, relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und überdurchschnittlichen Anteil von männlichen Mitarbeitern geprägt.

Die meisten anderen Dienstleistungsbranchen bleiben hinter dem Medianeinkommen zurück. So liegt das mittlere Einkommen im Handel, im Unterrichts- und Gesundheitswesen bei etwa 1.700 €. Deutlich weniger zahlt das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (1.300 €). Die Einkommen in der öffentlichen Verwaltung und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung entsprechen dem gesamtwirtschaftlichen Medianeinkommen. In der Sachgütererzeugung zahlen die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Lederindustrie niedrige Einkommen (1.700 € bzw. 1.500 €). Den Branchen mit unterdurchschnittlichen Einkommen sind ein hoher Frauenanteil an den Beschäftigten und ein meist schwacher gewerkschaftlicher Organisationsgrad gemeinsam. Die Lohndifferentiale zwischen den Branchen haben sich in den

letzten drei Jahrzehnten mit Ausnahme der frühen neunziger Jahre kontinuierlich erhöht.

Übersicht 3: Mittlere Einkommen der unselbständig Beschäftigten nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE) 2003

	In €	Insgesamt = 100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	1.269	65,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2.666	137,1
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln und Getränken, Tabakverarbeitung	1.777	91,4
Herstellung von Textilien, Textilwaren und Bekleidung	1.672	86,0
Ledererzeugung- und -verarbeitung, Herstellung von Schuhen	1.489	76,6
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Herstellung von Möbeln)	1.948	100,2
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe, Verlagswesen, Druckerei und Vervielfältigung	2.619	134,7
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	4.005	206,0
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen	2.669	137,3
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2.206	113,5
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	2.354	121,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2.363	121,6
Maschinenbau	2.557	131,5
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	2.535	130,4
Fahrzeugbau	2.521	129,7
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen, Rückgewinnung (Recycling)	1.830	94,1
Energie- und Wasserversorgung	3.233	166,3
Bauwesen	2.176	111,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	1.718	88,4
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.343	69,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.950	100,3
Kredit- und Versicherungswesen	2.853	146,8
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	1.775	91,3
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	1.945	100,1
Unterrichtswesen	1.705	87,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1.677	86,3
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1.539	79,2
Private Haushalte	888	45,7
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.110	108,5
Insgesamt	1.944	100,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; WIFO-Berechnungen.

Die Einkommen der Frauen liegen deutlich unter jenen der Männer. Im Jahr 2003 betragen sie laut Hauptverband im Durchschnitt 67,2% der Männereinkommen. Die Sozialversicherungsstatistik unterschätzt den Einkommensunterschied, weil im Bereich der nicht erfassten geringfügigen Einkommen der Anteil der Frauen überwiegt, während die nicht erfassten Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage überwiegend von Männern bezogen werden. Die Relation der Fraueneinkommen zu jenen der Männer stieg von Anfang der achtziger Jahre bis Mitte der neunziger Jahre und ging seither um 1,6 Prozentpunkte zurück.

Im öffentlichen Dienst sind die Unterschiede zwischen Frauen- und Männereinkommen deutlich geringer als in der Privatwirtschaft. Frauen verdienen im öffentlichen Sektor im Durchschnitt 80,9% der Männereinkommen, während die Einkommen der Arbeiterinnen nur 61,7% der Arbeiter erreichen und weibliche Angestellte im Durchschnitt nur 59,5% des Einkommens männlicher Angestellter erhalten. Seit Mitte der neunziger Jahre ist vor allem der Rückstand der Löhne von Arbeiterinnen gegenüber den Männern merklich gewachsen.

Dies hängt auch damit zusammen, dass Frauen im unteren Einkommensbereich weiter hinter den Männereinkommen zurückbleiben als im oberen Einkommensbereich.

Große Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern

Das Zurückbleiben der Fraueneinkommen kann etwa zur Hälfte durch die großen geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Wochenarbeitszeit erklärt werden. Auch ungünstige Karriere-möglichkeiten und Branchencharakteristika spielen eine wichtige Rolle.

An der Grenze vom 1. zum 2. Quartil der Verteilung liegen die Fraueneinkommen bei nur 60,1% der Männereinkommen (Arbeiterinnen 53,4%, weibliche Angestellte 57,1%). Diese Einkommensunterschiede weiteten sich in den letzten zehn Jahren beträchtlich aus – die Arbeiterinnen verloren seit 1995 gegenüber den Arbeitern 5 Prozentpunkte, angestellte Frauen 4 Prozentpunkte.

Übersicht 4: Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede

	1980	1990	1993	1994	1995	1997	2000	2001	2002	2003
Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer										
<i>Obergrenze des 1. Quartils</i>										
Erwerbstätige	61,8	64,6	64,7	64,4	63,9	62,1	60,9	60,6	60,5	60,1
Arbeiter	57,7	60,6	59,8	59,3	58,2	56,1	54,0	53,8	53,4	53,4
Angestellte	62,3	61,3	62,0	61,4	61,1	59,5	58,7	58,4	58,1	57,1
<i>Median</i>										
Erwerbstätige	64,9	67,8	69,2	68,8	67,7	67,0	67,1	67,2	67,2	
Arbeitszeitstandardisiert ¹⁾	71,2	76,5	78,5	80,6	79,1	81,2	81,5	82,2	82,1	
Arbeiter	61,5	64,5	65,0	64,5	63,6	61,9	61,7	61,5	61,7	
Angestellte	59,8	60,3	61,4	61,1	59,8	59,9	59,8	59,5	59,5	
<i>Obergrenze des 3. Quartils</i>										
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,5	70,4	70,2	69,5	69,1	69,1	69,1	69,5
Arbeiter	62,3	65,3	66,5	66,3	65,9	65,4	64,7	64,9	65,1	65,4
Angestellte	62,1	64,6	65,8	65,5	64,7	62,2	62,3	62,0	62,3	62,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; WIFO-Berechnungen. Statistischer Bruch zwischen 1994 und 1995. – ¹⁾ Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit.

Hingegen wurden die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern im oberen Einkommensbereich kaum größer. An der Grenze zwischen 3. und 4. Quartil erreichen die Fraueneinkommen 69,5% der Männerbezüge, um nur 0,7 Prozentpunkte mehr als 1995. Die stärkere Nutzung des Bildungssystems durch Frauen hat demnach offenbar wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverteilung. Absolventinnen einer Universität oder von berufsbildenden höheren Schulen können ihre Einkommen etwa gleich rasch steigern wie die Männer. Hingegen fallen Absolventinnen einer Pflichtschule oder einer Lehre merklich gegenüber den – ohnehin nur schwach steigenden – Einkommen der Männer zurück. Ein höherer Bildungsabschluss bewirkt große Einkommensvorteile gegenüber anderen Frauen, besonders im öffentlichen Dienst (vgl. auch *Hadler*, 2005).

Den wichtigsten Bestimmungsgrund für die großen Unterschiede zwischen Frauen- und Männereinkommen bildet die unterschiedliche Wochenarbeitszeit. 37,1% der erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt (unter 35 Stunden pro Woche), hingegen nur 3,9% der Männer. Bereinigt um die unterschiedliche Arbeitszeit betragen die Einkommen von Frauen im Durchschnitt 82,1% jener der Männer. Etwa die Hälfte der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede geht somit auf Unterschiede in der geleisteten Arbeitszeit zurück. Im öffentlichen Dienst resultieren die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern fast ausschließlich aus dem Arbeitszeiteffekt, je Arbeitsstunde sind infolge der höheren Ausbildung der Frauen die Fraueneinkommen gleich hoch wie jene der Männer. Insbesondere im Handel, in der Textilindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und der Elektroindustrie bleiben die Fraueneinkommen aber auch nach der Bereinigung merklich hinter jenen der Männer zurück.

Branchenunterschiede spielen demnach eine wesentliche Rolle für Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Typische "Frauenbranchen" wie die Textil- und Bekleidungsindustrie oder der Handel weisen ein unterdurchschnittliches Einkommensniveau auf. Wäre die Gesamtbeschäftigung der Frauen so über die Wirtschaftsklassen verteilt wie jene der Männer, so wären die Einkommensunterschiede um ein Zehntel geringer.

Die Einkommen bleiben auch gegenüber denen der Männer zurück, weil Aufstiegschancen und Qualifikation der Frauen ungünstiger sind. Ein merklicher Einkommensrückstand ergibt sich auch aus den längeren erziehungsbedingten Berufsunterbrechungen von Frauen (*Lutz*, 2003).

Übersicht 5: Mittlere Einkommen von unselbständig Beschäftigten nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE)

	2003 In €	2003 Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer		
		Unbereinigt	Unbereinigt	Bereinigt ¹⁾
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	1.269	73,5	75,2	84,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2.666	68,8	69,8	95,3
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln und Getränken, Tabakverarbeitung	1.777	62,3	62,0	74,3
Herstellung von Textilien, Textilwaren und Bekleidung	1.672	63,7	64,3	69,8
Lederzeugung und -verarbeitung, Herstellung von Schuhen	1.489	76,4	75,6	82,5
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Herstellung von Möbeln)	1.948	75,9	73,9	98,1
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe, Verlagswesen, Druckerei und Vervielfältigung	2.619	62,4	65,0	77,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	4.005	83,7	91,1	97,3
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen	2.669	67,2	73,8	88,3
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2.206	70,7	71,3	80,7
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	2.354	71,6	74,3	84,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2.363	73,5	71,6	80,1
Maschinenbau	2.557	71,0	68,4	79,4
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	2.535	67,4	65,3	75,1
Fahrzeugbau	2.521	73,4	75,9	80,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen, Rückgewinnung (Recycling)	1.830	79,5	78,8	91,3
Energie- und Wasserversorgung	3.233	64,4	60,5	69,8
Bauwesen	2.176	72,6	69,8	91,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	1.718	65,0	62,7	79,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.343	84,9	83,2	98,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.950	79,2	81,4	99,8
Kredit- und Versicherungswesen	2.853	66,6	63,6	78,4
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	1.775	66,1	68,7	88,6
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	1.945	83,8	80,9	98,3
Unterrichtswesen	1.705	72,7	75,2	85,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1.677	71,4	69,7	87,7
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1.539	67,9	66,2	81,2
Private Haushalte	888	76,8	97,9	134,1
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.110	89,9	80,5	87,2
Insgesamt	1.944	68,8	67,2	82,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Bereinigt um durchschnittlich geleistete Arbeitszeit laut Mikrozensus.

Die Daten des Hauptverbandes und der Lohnsteuerstatistik wurden oben auf Basis der Bruttonominaleinkommen analysiert. Relevant für eine Beurteilung der materiellen Wohlfahrt ist allerdings eher die Entwicklung der realen Einkommen nach Abzug der Abgaben.

Nach Abzug von Steuern und Beiträgen sind die Einkommen etwas weniger ungleich verteilt als vor dem Eingriff des Staates. Jene 20% der Lohnsteuerpflichtigen, die im Jahr 2003 die niedrigsten Einkommen bezogen, erhielten brutto 2,3%, netto 2,9% der Einkommen. Dagegen betrug der Anteil des obersten Quintils nur 43% gegenüber 46,1% in der Bruttorechnung.

Bereinigt um den Preisauftrieb erlitten die unselbständig Beschäftigten im letzten Jahrzehnt im Durchschnitt merkbare Einkommenseinbußen. Die Nettoeinkommen je unselbständig Beschäftigten lagen im Jahr 2003 laut Lohnsteuerstatistik um 2,4% unter jenen von 1995. Maßgebend waren dafür neben der ungünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt, die mäßige Lohnerhöhungen und eine Ausweitung der Zahl von prekären Arbeitsverhältnissen bewirkte, auch die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung von Frauen und die Abgabenerhöhungen. Die individuellen Nettoeinkommen der ganzjährig Beschäftigten blieben im Durchschnitt unverändert (-0,1%).

Die schwache Einkommensentwicklung betraf die Einkommenssegmente sehr unterschiedlich. In der unteren Hälfte der Einkommensverteilung sanken die Nettoeinkommen je Arbeitskraft drastisch (laut Lohnsteuerstatistik 2003 1. Quintil -17%,

Nettoeinkommen der unselbständig Beschäftigten nicht gewachsen

Das österreichische Abgabensystem verteilt nur wenig zugunsten der unteren Einkommensschichten um. Die ungünstige Arbeitsmarktlage und die Effekte der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte trugen neben der Zunahme der Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigung zur Dämpfung der real verfügbaren Einkommen der unselbständig Beschäftigten bei, die die unteren Schichten besonders stark traf.

2. Quintil –10,9% gegenüber 1995). Dies bedeutet nicht, dass Hilfskräfte bei gleicher Arbeitszeit kaufkraftbereinigt netto um 17% weniger verdienen würden als 1995. Der Rückgang geht vielmehr vor allem auf die starke Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und der Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse zurück. Die mittleren Einkommen stagnierten in dieser Periode, während die Einkommen der höchstbezahlten unselbständig Beschäftigten stiegen: Im Segment der obersten 5% der unselbständigen Einkommen lag der Durchschnitt im Jahr 2003 laut Lohnsteuerstatistik brutto bei 7.472 € pro Monat. Die Nettorealeinkommen waren in dieser Gruppe 2003 um 1,2% höher als 1995. Die obersten 1% der Einkommensverteilung bezogen 2003 ein Bruttonatmonatseinkommen von 12.760 €, bereinigt um Inflation und Abgaben um 5% mehr als Mitte der neunziger Jahre.

Übersicht 6: Verteilung der Nettobezüge Arbeitnehmer insgesamt

	Verteilung der Nettobezüge		1995		2003		Nettobezüge pro Kopf (14x)		1995/2003 Veränderung in %
	1995 Anteile in %	2003	In €	Nominell	In €	Real ¹⁾			
1. Quintil	3,4	2,9	184	171	- 7,0	197	163	- 17,0	
2. Quintil	12,1	11,1	664	663	- 0,1	711	634	- 10,9	
3. Quintil	18,2	18,3	998	1.096	+ 9,8	1.069	1.048	- 2,0	
4. Quintil	24,2	24,7	1.329	1.481	+ 11,5	1.424	1.416	- 0,5	
5. Quintil	42,1	43,0	2.309	2.579	+ 11,7	2.474	2.466	- 0,3	
Oberste 5%	16,7	17,4	3.675	4.167	+ 13,4	3.937	3.984	+ 1,2	
Oberste 1%	4,0	6,0	6.140	7.222	+ 17,6	6.578	6.905	+ 5,0	
Insgesamt	100,0	100,0	1.094	1.196	+ 9,4	1.172	1.144	- 2,4	
Mit ganzjährigen Bezügen			1.315	1.472	+ 12,0	1.409	1.407	- 0,1	

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Referenzjahr 2000, auf Basis von Vorjahrespreisen.

Deutliche Umverteilungswirkung des Sozialstaates

Der Sozialstaat gleicht die Einkommensverteilung merklich aus. Auf Haushaltsebene wurde dadurch der Trend zur ungleichen Verteilung korrigiert.

Neben Steuern und Beiträgen greift der Staat auch über monetäre Transfers direkt in die Einkommensverteilung ein. Analysen des WIFO haben gezeigt, dass vor allem die Sozialausgaben eine erhebliche Umverteilung von den Schichten mit hohem Einkommen zu jenen mit niedrigem Einkommen bewirken (Guger, 1996): Gemessen am Gini-Koeffizienten wurde das Ausmaß der Einkommensungleichheit durch Steuern und Transfers 1991 um fast ein Drittel reduziert. Die positiven Verteilungswirkungen der Staatstätigkeit setzten sich in den neunziger Jahren fort.

Die Nettohaushaltseinkommen werden im Mikrozensus erfasst. Allerdings leidet diese Statistik unter zahlreichen methodischen Problemen, darunter vor allem Änderungen des Erhebungskonzepts über die Zeit. Zudem berücksichtigt der Mikrozensus die obersten und die untersten Einkommen unzureichend. Hier werden deshalb jeweils das 1. und 2. Quartil sowie das 3. und 4. Quartil zusammengefasst.

Auf Basis der Nettohaushaltseinkommen erhöhte sich die Ungleichheit in den achtziger Jahren. In den neunziger Jahren nahm sie für die unselbständig Beschäftigten insgesamt kaum mehr zu: Während die Einkommensunterschiede für Arbeitshaushalte weiter stiegen, glich sich die Verteilung für die öffentlich Bediensteten etwas an.

Bereinigt um die Haushaltsgröße und -zusammensetzung zeigen die gewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen) eine merkliche Verringerung der Einkommensungleichheit im Laufe der neunziger Jahre. Der Abstand zwischen der Obergrenze des 3. Quartils und der Obergrenze des 1. Quartils sank von 83% (1991) auf 72% (1999). Demnach hat die Haushaltsstruktur – etwa durch einen überdurchschnittlichen Anstieg der Zahl der Beschäftigten pro Haushalt in den unteren Einkommensschichten – wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverteilung, und die Sozialtransfers leisten einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Übersicht 7: Entwicklung der verfügbaren Nettoeinkommen

	1983	1991	1997	1999
	Interquartilsabstände ¹⁾ in %			
<i>Nettopersoneneinkommen (arbeitszeitstandardisiert)²⁾</i>				
Arbeiter	49	55	47	
Angestellte	64	75	72	
Öffentlich Bedienstete	46	55	53	
Unselbständige insgesamt	53	61	61	
<i>Nettohaushaltseinkommen</i>				
Arbeiter	77	88	92	95
Angestellte	86	113	115	113
Öffentlich Bedienstete	76	94	100	87
Unselbständige insgesamt	84	100	104	103
<i>Gewichtete Nettoeinkommen pro Kopf (Äquivalenzeinkommen)</i>				
Arbeiter	76	79	67	69
Angestellte	76	80	76	72
Öffentlich Bedienstete	76	79	65	64
Unselbständige insgesamt	82	83	73	72

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 1983 bis 1999, Sonderprogramme. – ¹⁾ Differenz zwischen der Obergrenze des 3. Quartils und der Obergrenze des 1. Quartils. – ²⁾ Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit.

In den letzten Jahrzehnten weiteten sich nicht nur die Einkommensunterschiede zwischen den unselbständig Beschäftigten aus, auch die Schere zwischen Lohn- und Gewinneinkommen einerseits und Gewinn- und Besitzeinkommen andererseits öffnete sich weit.

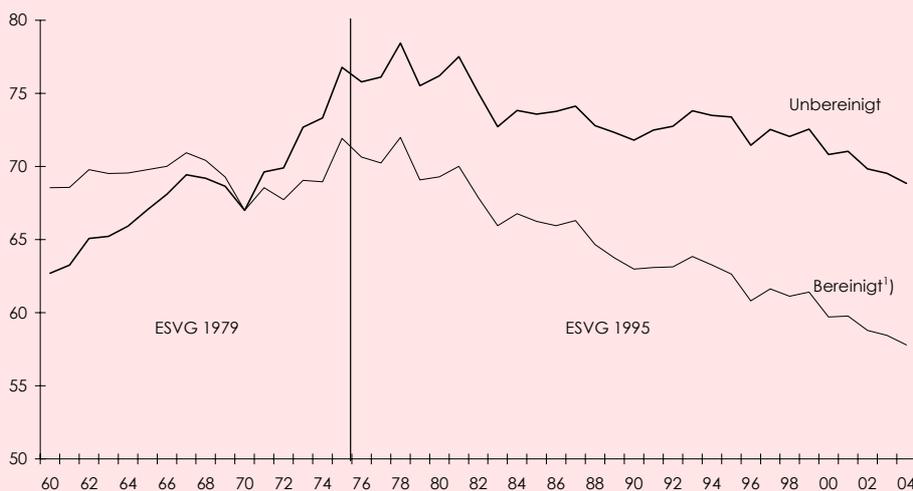
Die bereinigte Lohnquote misst die um Verschiebungen des Anteils von Selbständigen und Unselbständigen bereinigte Quote der Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit am gesamten Volkseinkommen. Sie war von Anfang der sechziger Jahre bis Ende der siebziger Jahre bemerkenswert konstant und schwankte in Abhängigkeit von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen um 70% des Volkseinkommens. Seit Ende der siebziger Jahre sinkt sie allerdings anhaltend und stark. Im Jahr 1978 betrug sie 72%, im Jahr 2004 nur noch 58%.

Lohnanteil am Volkseinkommen sinkt

Der starke Rückgang der Lohnquote ist vor allem das Ergebnis des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und des raschen Wachstums der Vermögenseinkommen.

Abbildung 1: Lohnquote

Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens

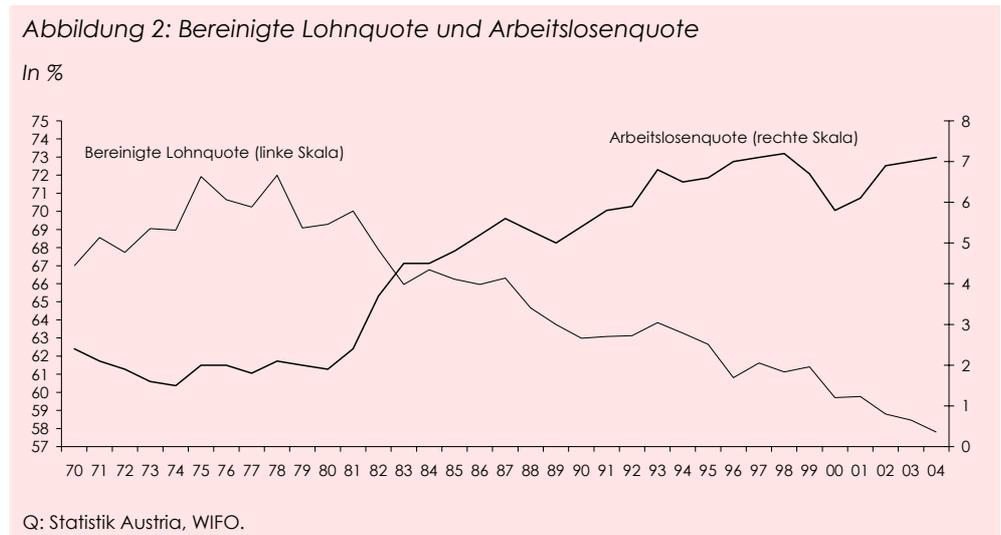


Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1970.

Als Indikator der funktionellen Verteilung bedeutet ein Rückgang der Lohnquote, dass sich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit schwächer entwickeln als die Einkünfte aus Unternehmenstätigkeit, selbständiger Arbeit und Besitzeinkommen (Zinsen und Dividenden, Mieten und Pachten). Diese Umverteilung zulasten der Unselb-

ständigen hat vielfältige Ursachen: neben dem Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und funktioneller Verteilung etwa die Strukturverschiebung zwischen Selbstständigkeit und unselbständiger Beschäftigung, den Konjunkturverlauf und die Expansion der Vermögenseinkommen.

Die Arbeitsmarktlage ist eine entscheidende Variable für die Entwicklung der Lohnquote (vgl. *Marterbauer – Walterskirchen, 2003*). Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert direkt den Lohnanteil am Volkseinkommen, weil Arbeitslose nicht Arbeitseinkommen, sondern Transfereinkommen beziehen. Zugleich verlieren die Gewerkschaften an Einfluss auf die Lohnentwicklung, die Lohnerhöhungen bleiben hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt verringert die Lohnquote um gut 1 Prozentpunkt. Darüber hinaus dürften die Unternehmen im Zuge der Globalisierung von den niedrigeren Preisen der Vorleistungen aus China, Osteuropa usw. profitieren, wenn sie diese Kostenvorteile zumindest im Inland nicht vollständig in niedrigeren Preisen weitergeben.



Besonders ausgeprägt war der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten und damit der bereinigten Lohnquote zu Beginn der achtziger Jahre, als in Österreich vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschaftskrise die Ära der Vollbeschäftigung zu Ende ging, sowie zwischen 1987 und 1990, als mit dem Personalabbau in der Verstaatlichten Industrie hohe Produktivitätssteigerungen ohne entsprechende Reallohnerhöhungen einhergingen. Seit Mitte der neunziger Jahre ist ein stetiger Abwärtstrend der Lohnquote festzustellen, der mit der beschleunigten Internationalisierung und Liberalisierung der österreichischen Wirtschaft zusammenhängen dürfte.

Verschiebungen zwischen dem Anteil der Selbständigen und der unselbständig Beschäftigten spielen für die funktionelle Verteilung eine wichtige Rolle. Zwischen Mitte der fünfziger und Ende der siebziger Jahre blieb die um diese Strukturänderungen bereinigte Lohnquote konstant, die unbereinigte Lohnquote stieg dagegen von 63% auf 78% des Volkseinkommens. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft und aus kleinen Gewerbebetrieben war vor allem in den siebziger Jahren durch Arbeitskräfteknappheit und gute Einkommenschancen in der Industrie motiviert. Seit Ende der siebziger Jahre geht die unbereinigte Lohnquote leicht, die bereinigte Lohnquote stark zurück. In den letzten Jahren resultiert die Ausweitung des Abstands zwischen den beiden Kennzahlen auch aus einer Zunahme der Zahl von Selbständigen und Mithelfenden (vor allem in der Landwirtschaft), wie sie der Mikrozensus widerspiegelt.

In der Vergangenheit hatte auch der Konjunkturverlauf wesentlichen Einfluss auf die kurzfristige Entwicklung der Lohnquote. Im Konjunkturaufschwung stiegen die Gewinne kräftig, die kontraktbestimmten Lohneinkommen blieben zurück. Eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums um 1 Prozentpunkt verringerte die bereinigte Lohnquote um 0,4 bis 0,7 Prozentpunkte (*Marterbauer – Walterskirchen, 2003*). Hingegen erhöhte sich in der Rezession die Lohnquote (etwa 1975, 1978, 1981 und

1992/93). Die Konjunkturabhängigkeit des Lohnanteils am Volkseinkommen ging allerdings im letzten Konjunkturzyklus verloren: Zwar verringerte sich die Lohnquote in der Hochkonjunktur 1998/2000 wie erwartet, in der langen Phase der Wachstumsschwäche 2001/2003 sank sie aber weiter.

Die Kategorie der Nicht-Lohnelemente des Volkseinkommens ist sehr heterogen und umfasst sowohl Gewinne von Kapitalgesellschaften und Gewerbebetrieben sowie die Einkommen aus freien Berufen als auch die Einkommen aus dem Besitz von Finanzvermögen und Immobilien. Die Differenzierung zwischen diesen Einkommensarten ist für die ökonomische Analyse und die Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. Bis zum Jahr 1997 ist sie auf Basis des ESVG 1979 möglich; danach wurde aber die differenzierte Darstellung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eingestellt. Damit ist die Verteilungsanalyse um einen wirtschaftspolitisch bedeutenden Aspekt ärmer.

In den letzten Jahrzehnten gewannen die Besitzeinkommen merklich an Bedeutung. Besonders stark erhöhten sich die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung; allerdings dürften sie in der Vergangenheit ungenügend erfasst gewesen sein, und die Bewertung imputierter Mieten (Erträge von selbstgenutzten Eigenheimen und Eigentumswohnungen) ist problematisch. Die Einkommen aus Finanzvermögen haben sich von 1964 bis 1997 verdreißigfacht, ihr Anteil an den gesamten Nicht-Lohneinkommen betrug Mitte der sechziger Jahre 5%, im Jahr 1997 bereits 16%.

Dynamisch entwickelten sich auch die Einkünfte der freien Berufe. Ihr Anteil verdoppelte sich bis 1997 auf 13,5%. Die unverteilteten Gewinne der Kapitalgesellschaften machen mit geringen Schwankungen knapp ein Viertel der Nicht-Lohneinkommen aus; allerdings weichen die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfassten Gewinne deutlich von jenen laut Steuerstatistik ab. Aufgrund des Strukturwandels und der Abwanderung aus der Landwirtschaft verringerte sich der Anteil dieses Sektors an den Nicht-Lohneinkommen seit den sechziger Jahren von fast einem Fünftel auf unter 4% im Jahr 1997.

Der Anstieg der Unternehmenseinkünfte und vor allem der Besitzeinkünfte prägt die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Verteilung merklich. Umso bedauerlicher ist die ungenügende statistische Erfassung dieser Einkommenskategorien.

Die Einkommensverteilung wird von zahlreichen unterschiedlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen bestimmt, in ihr spiegelt sich gewissermaßen die Gesamtwirtschaft. Eine wesentliche Rolle spielt die Lage auf dem Arbeitsmarkt, weil sie die Verhandlungsmacht der Tarifpartner und so die Einkommenserzielungschancen der einzelnen sozialen Gruppen beeinflusst. Bei Vollbeschäftigung erhöht sich der Lohnanteil am Volkseinkommen; sie begünstigt zudem die Angehörigen der unteren Einkommenschichten, die oft ein geringes Qualifikationsniveau aufweisen. Der markante Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Anfang der achtziger Jahre ist deshalb eine bedeutende Determinante für die Divergenz der Einkommensverteilung zwischen unselbständiger Erwerbstätigkeit und Einkommen aus Besitz und Unternehmung, aber auch für das Aufgehen der Schere in der Einkommensverteilung zwischen den unselbständig Beschäftigten.

Qualifikationsunterschiede haben erheblichen Einfluss auf die Einkommensverteilung, langfristig ist das Bildungssystem wahrscheinlich ihre wichtigste Determinante. Für ungenügend Qualifizierte ergaben sich durch die Entwicklung der Einkommensverteilung in den letzten Jahrzehnten beträchtliche Einbußen. Der Überschuss an wenig qualifizierten Arbeitskräften wurde größer, während bestimmte Qualifikationen relativ knapp wurden. Obwohl das Bildungsniveau der Frauen gegenüber den Männern erheblich aufholte, glich es sich noch nicht entsprechend an.

Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern werden wie erwähnt vor allem durch Unterschiede in der Arbeitszeit bestimmt. Die Teilzeitarbeit ist sehr ungleich verteilt (Frauen 37%, Männer 5%). Dies ist das Ergebnis einer Vielzahl von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie etwa der Aufteilung der Kinderbetreu-

Datenmangel erschwert Analyse der Besitzeinkommen

Unter den Nicht-Lohneinkommen stiegen vor allem die Einkommen aus Finanzvermögen, Immobilienvermögen und aus den freien Berufen kräftig.

Determinanten der Verteilungsentwicklung

Die Höhe der Arbeitslosigkeit, das Bildungsniveau und Unterschiede zwischen der geleisteten Arbeitszeit haben großen Einfluss auf die Entwicklung der Einkommensverteilung.

ung innerhalb der Familie. Österreich bleibt bezüglich der Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit durch Männer weit hinter den skandinavischen Ländern zurück.

Auswirkungen der ungleichen Verteilung der Einkommen

Eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche kann mit zunehmender Ungleichheit der Verteilung zusammenhängen, weil diese die Konsumnachfrage dämpft.

Die Wirtschaftspolitik strebt eine gerechte Einkommensverteilung an, um die ökonomische Absicherung der Einzelnen zu verbessern und die soziale Stabilität der Gesellschaft zu sichern. Das Aufgehen der Schere in der Einkommensverteilung bedeutet unter beiden Gesichtspunkten ein wesentliches politisches Problem. Darüber hinaus hat es unmittelbare wirtschaftliche Konsequenzen. Eine Polarisierung der Verteilungsrelationen dämpft die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sowohl im Konsum der privaten Haushalte als auch im Bereich der Investitionen der Unternehmen.

Der Konsumanteil am verfügbaren Einkommen unterscheidet sich wesentlich zwischen den Einkommensgruppen. Die Angehörigen des unteren Einkommensdrittels geben mit 80% kurzfristig den weitaus überwiegenden Teil eines zusätzlichen Einkommens für Konsumgüter aus. Langfristig liegt die Konsumneigung sogar bei 1,2; hier schlagen sich Verschuldung und intergenerationale Transfers nieder. Hingegen verwenden die Angehörigen des oberen Einkommensdrittels zusätzliches Einkommen kurzfristig zu mehr als der Hälfte zur Erhöhung des Sparens, langfristig liegt die Konsumneigung bei nur 0,8. Eine Umverteilung von den unteren zu den oberen Einkommenschichten bewirkt deshalb einen Rückgang der Konsumnachfrage. Die zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung könnte einen wesentlichen Grund für die anhaltende Konsumschwäche bilden.

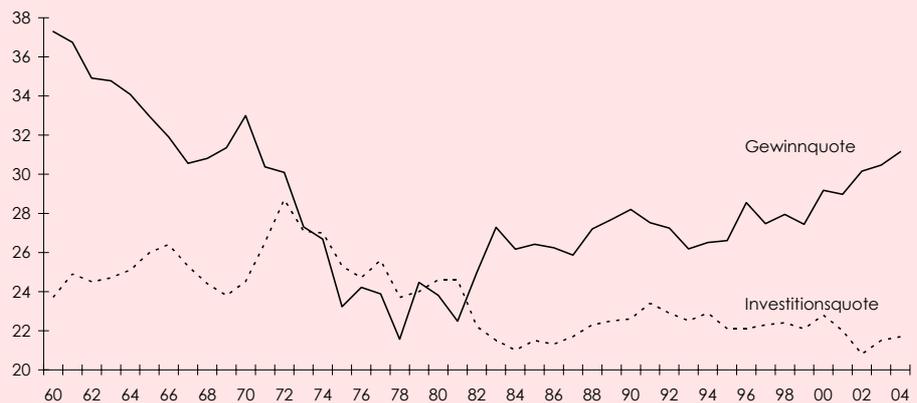
Übersicht 8: Konsumneigung nach Einkommensgruppen

	Marginal, kurzfristig	Durchschnittlich, langfristig
1. Terzil	0,798	1,175
2. Terzil	0,520	1,013
3. Terzil	0,414	0,833

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 1999, 2000; WIFO-Berechnungen.

Abbildung 3: Gewinnquote und Investitionsquote

In %



Q: Statistik Austria, WIFO. – Gewinnquote in % des Volkseinkommens, Investitionsquote in % des BIP.

Die kräftige Ausweitung der Besitzeinkommen gegenüber den Löhnen und Gewinnen hat erhebliche gesamtwirtschaftliche Konsequenzen. Wenn Finanzanlagen attraktiver sind als Sachanlagen, ändert sich das Investitionsverhalten markant. Eine Verbesserung der Gewinnerwartungen löst einen Anstieg der Investitionen aus. Bis Anfang der achtziger Jahre verliefen die Gewinn- und die Investitionsquote weitgehend parallel. Seither blieb die Investitionsbereitschaft weit hinter der Entwicklung der Einkommen aus Besitz und Unternehmung zurück. Die Schwäche der Investitionen dämpfte das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum erheblich.

Eine Zunahme der Ungleichheit in der Primärverteilung erhöht auch den Bedarf an Umverteilungsaktivitäten des Staates. Dies macht eine Ausweitung der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und monetärer Transfers notwendig. Andererseits kann ein Anstieg der Sozialquote auch auf Finanzierungsprobleme stoßen und gegebenenfalls negative Beschäftigungseffekte mit sich bringen – etwa durch eine hohe Belastung der unteren Einkommensgruppen mit Sozialversicherungsbeiträgen. Eine egalitäre Primärverteilung wäre deshalb auch im engeren Interesse der öffentlichen Haushalte.

Eine "gerechte" Einkommensverteilung gehört traditionell zu den zentralen Zielen des "magischen Vielecks der Wirtschaftspolitik". Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, benötigen die Entscheidungsträger eine ausreichende Datenbasis. In Österreich leidet die Analyse der Einkommensverteilung in zahlreichen Bereichen unter dem Fehlen aktueller und vergleichbarer Datengrundlagen.

In den letzten Jahren hat sich die Datenbasis in manchen Bereichen weiter verschlechtert. So ist etwa seit 1998 eine Unterscheidung zwischen Gewinn- und Besitzeinkommen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht mehr möglich. Auch auf der Ebene der personellen Verteilung fehlt eine geeignete Datengrundlage für die Nicht-Lohneinkommen. Selbst die Beurteilung der Umverteilung durch den öffentlichen Sektor beruht auf wenig aktuellen Daten – die letzte umfassende Untersuchung befasste sich mit den Werten des Jahres 1991. Mangels ausreichender Daten ist das Thema der Einkommensverteilung auch in der Wissenschaft in den Hintergrund gerückt. Dies ist der Bedeutung des Bereichs für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft nicht angemessen.

Guger, A., "Umverteilung durch den Staat in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(10), S. 635-652.

Hadler, M., "Determinanten des Individualeinkommens abhängiger Erwerbstätiger in Österreich. Ein Vergleich von 1986, 1993 und 2004", Wirtschaft und Gesellschaft, 2005, 31(1), S. 81-98.

Verteilungsanalyse durch Datenmangel erheblich beeinträchtigt

Literaturhinweise

Austrian Trends in Income Distribution – Summary

Over the past decades, inequality in income distribution has continued to grow both among wage/salary earners themselves and between the dependently employed and the groups obtaining earnings from property ownership or entrepreneurial activities. Pivotal causes for such inequality are the problematic situation of the labour market, attended by a proliferation of part-time work and marginal jobs and a sharp rise in income from property.

This WIFO study is designed to carve out the long-term trends of income distribution from a range of different data sources. In its analysis of personal income distribution, however, the study is of necessity limited to income from dependent employment.

Within the group of dependently employed, income inequality has been growing significantly over the past three decades. In recent history, there have been only two phases when the unequal distribution of before-tax wages and salaries either did not get worse or even improved slightly: in the early 1970s when the economy suffered from a shortage of labour, and, even more, in 1991-92, when the Austrian Trade Union Federation, faced by an economy in overdrive, successfully impressed its policy of raising minimum wages on Austria. In between, wage inequality grew consistently, fuelled chiefly by a high dynamism at the edges: top incomes rose briskly while (as indicated by wage tax statistics) the bottom income groups lost out. The deterioration of the labour market, expressed by a growth of marginal jobs, mostly hit the lower income strata and drove a further wedge in the distribution gap.

Women's incomes were perceptible left behind those of men: in 2003 they averaged 67.2 percent of male incomes. A key reason is the difference in working hours put in – a factor which explains about half the gap.

Over the past decades, the rising inequality in income distribution among dependently employed workers was accompanied by a decline in labour's share in national income. This share, adjusted by shifts in the ratio of self-employed to employed workers, declined from 72 percent in the late 1970s to 58 percent in 2004, mostly due to rising unemployment and rapidly growing incomes from property. The growth of joblessness went hand in hand with an increase in part-time and marginal jobs, whittling away at the negotiating powers of the trade unions. Among the non-wage components of the national income the greatest rise has been in incomes from financial assets and real estate property and in incomes by the self-employed. These groups are among the winners in the long-term trend of income distribution, whereas the bottom strata, frequently disadvantaged by insufficient qualifications, are among the losers.

- Lutz, H., "Verdienstentfall von Frauen mit Kindern", in Guger, A., Buchegger, R., Lutz, H., Mayrhuber, Ch., Wüger, M., Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten, WIFO, Wien, 2003, S. 80-97, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24078.
- Marterbauer, M., Walterskirchen, E., " Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(2), S. 151-159, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23507.